

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 05. Juli 2024



In dieser Ausgabe

**Energiewende
bezahlbar gestalten**

**Energiespeicher
ausbauen**

**Gesetz zum
beschleunigten Ausbau
von Balkonkraftwerken**

**Echten
Verbraucherschutz
voranbringen**

**Plenarrede
zum "Agrarpaket" der
Ampel**

Terminvorschau

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

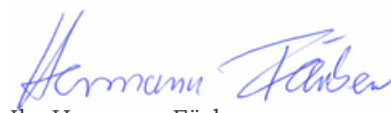
bereits in meinem letzten Newsletter habe ich Ihnen berichtet, dass das Kabinett seinen Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Koalition wohl nicht wie geplant zum 3. Juli vorlegen kann. Nun ist diese Befürchtung zur traurigen Gewissheit geworden und die Verabschiedung durch das Kabinett soll voraussichtlich erst bis zum bzw. am 17. Juli stattfinden. Das zeigt wieder einmal mehr, wie groß die Gräben zwischen den Koalitionspartnern doch sind.

Mit unseren Anträgen für eine bezahlbare Energiewende, dem Ausbau von Energiespeichern und unserem Entwurf für ein Gesetz zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken sind wir diese Woche im Plenum u.a. wichtige Energiethemen angegangen. Daneben haben wir einen Antrag eingebracht, der den Verbraucherschutz voranbringen soll.

Vor dem heutigen Start in die parlamentarische Sommerpause hatte ich außerdem die Möglichkeit eine Rede im Plenum zum völlig unzureichenden „Agrarpaket“ der Ampel zu halten.

Mehr zu diesen und weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder unter www.cducsu.de.

Zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung meinerseits: Ich habe mich entschieden auch für die nächste Bundestagswahl im Jahr 2025 zu kandidieren. Meine Nominierungsveranstaltung findet nächsten Freitag in der Stadthalle in Donzdorf statt.
Herzliche Grüße



Ihr Hermann Färber

»»» ENERGIEWENDE BEZAHLBAR GESTALTEN

Der Erfolg der Energiewende hängt von Fortschritten beim Ausbau erneuerbarer Energien, neuen Kraftwerken, Netzen und Speichern ab. Dabei ist es entscheidend, dass dies kosteneffizient und mit hoher Akzeptanz geschieht. Um die angestrebten Ausbauziele für 2030 zu erreichen, bedarf es eines jährlichen Zubaus von 19 Gigawatt bei der Solarenergie und einer Verdopplung des Zubautempos bei Wind an Land. Es reicht nicht aus, nur neue Ausbauziele zu setzen - Ausbau erneuerbarer Energien und Netzintegration müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

Mit unserem Antrag "Die Energiewende bezahlbar gestalten - Kosten sparen beim Netzausbau" wollen wir sicherstellen, dass die Energiewende kosteneffizient und mit hoher Akzeptanz umgesetzt wird. Wir betonen die Notwendigkeit, Kosten zu sparen und die Netzkapazitäten effizient zu nutzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Integration neuer Kraftwerke müssen besser koordiniert werden, um die Nutzung von Offshore-Windenergie-Kapazitäten sicherzustellen.

Wir fordern die Bundesregierung außerdem dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Strompreise zu stabilisieren. Dazu gehört auch die Umstellung auf Freileitungen anstatt Erdverkabelung, um erhebliche Kosteneinsparungen zu realisieren. Unser Ziel ist es, die Belastungen für die Stromkunden zu minimieren und die Energiewende bezahlbar zu gestalten.



Bildquelle: Canva.

ENERGIESPEICHER AUSBAUEN <<<

Um eine größere Energiesouveränität zu erreichen und die Klimaschutzziele zu erfüllen, ist neben dem Ausbau erneuerbarer Energien die Schaffung von Energiespeichern von entscheidender Bedeutung. Schließlich liefern Wind- und Solarenergieanlagen aufgrund von Witterungsbedingungen und Tageszeiten nicht kontinuierlich Strom. Dadurch können sie nicht immer die (steigende) Nachfrage decken. Gleichzeitig übersteigt die Erzeugung erneuerbarer Energien an manchen Tagen mit viel Sonne oder Wind die Nachfrage.

Um eine stabile und zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten, schlagen wir mit unserem Antrag deshalb in 15 konkreten Punkten Maßnahmen zum Ausbau von Energiespeichern vor.



Bildquelle: Canva.



[Hier geht 's direkt zum Antrag](#)

➤➤➤ GESETZ ZUM BESCHLEUNIGTEN AUSBAU VON BALKONKRAFTWERKEN

Mit steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen (sog. Balkonkraftwerken) können Haushalte, egal ob Mieter oder Eigentümer, einen Teil des von ihnen benötigten Stroms selbst erzeugen. Die Vorteile hierfür liegen auf der Hand: Reduktion der Stromkosten, mehr Unabhängigkeit sowie ein Beitrag zum Klimaschutz.

Diese Möglichkeit stellt einen (vergleichbar) kostengünstigen Einstieg in die Nutzung Erneuerbarer Energien dar, der unkompliziert und leicht realisierbar für alle sein muss. Derzeit besteht allerdings kein Anspruch für Mieter und Wohnungseigentümer zur eigenständigen Installation von Balkonkraftwerken. Stattdessen bedarf es der

Zustimmung des Vermieters bzw. bei Wohneigentumsobjekten von der Eigentümergemeinschaft. Diese Zustimmungserfordernisse betrachten wir als großes Hemmnis für den Ausbau von Balkonkraftwerken, weshalb wir bereits im vergangenen Jahr einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt haben, der Ansprüche von Mietern und Eigentümern für die Anbringung und Nutzung von Balkonkraftwerken schaffen soll.

Im späteren Verlauf hat auch die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser beinhaltet unsere politischen Forderungen, weshalb wir dem Entwurf gerne zustimmen.

ECHTEN VERBRAUCHERSCHUTZ VORANBRINGEN <<<

Die Bedeutung des Verbraucherschutzes nimmt stetig zu – vor allem aufgrund der komplexen Veränderungen des Verhältnisses zwischen Verbrauchern und Unternehmen durch die Digitalisierung. Dennoch weist die Ampel-Bundesregierung eine große Leerstelle im Bereich Verbraucherschutz auf. Wir sind der Meinung, dass die Platzierung des Verbraucherschutzes beim Bundesumweltministerium den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird. Das BMUV verfügt praktisch über keine gesetzgeberischen Kompetenzen im Verbraucherschutzbereich. Geplante Vorhaben wie das "Aktionsprogramm reparieren statt wegwerfen" wurden nicht umgesetzt.

Unser erstmals diese Woche diskutierter Antrag greift Forderungen aus verschiedenen Arbeitsgruppen auf und vereint sie zu einem effektiven Gesamtkonzept. Insgesamt umfasst der Antrag 23 konkrete Forderungen aus den Bereichen Digitales, Verkehr, Finanzen, Wohnen, Energie und Ernährung/Kennzeichnung.

- „Recht auf schnelles Internet“ zügig und flächendeckend umsetzen
- die zivilrechtliche Durchsetzbarkeit von Ansprüchen von Fluggästen zu stärken
- Verpflichtung für Social-Media-Plattformen, Videos und Bilder kenntlich zu machen, die mittels künstlicher Intelligenz erstellt oder verändert wurden
- sich bei der Deutschen Bahn insbesondere mit Blick auf ältere Menschen für einen Fortbestand der Bahncard auch im gewohnten Kartenformt einzusetzen
- sich dafür einzusetzen, dass bei Zugfahrten eine Erstattung von Reservierungskosten bei Stornierungen durch den Kunden möglich ist und dass Kosten für Reservierungen, die für Fahrten in letztlich ausgefallenen Zügen vorgenommen wurden, automatisch an die Kunden aufgrund nicht erbrachter Leistung rückerstattet werden
- freie Verbraucherentscheidung über die Bezahlungsart im stationären Handel in bar oder mit Karte
- Einführung einer umfassenden und verbindlichen nationalen Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel – sowohl tierischer als auch pflanzlicher Herkunft
- zu prüfen, ob und wie sichergestellt werden kann, dass öffentliche Träger für die Außer-Haus-Verpflegung gezielt regionale und saisonale sowie qualitativ hochwertige Lebensmittel beschaffen können
- zu verhindern, dass bei der Vermietung von möblierten Wohnungen mieterschützende Regelungen umgangen werden.

WIR FORDERN DIE BUNDES-REGIERUNG AUF:

[Hier alle 23 Forderungen nachlesen](#)





KOALITION BLEIBT DER LANDWIRTSCHAFT WIRKLICHE ENTLASTUNGEN SCHULDIG

Nach den beeindruckenden Traktor-Demonstrationen zu Beginn des Jahres hat die Ampel unsere Landwirtinnen und Landwirte lange mit Entlastungsankündigungen vertröstet. In der vergangenen Woche wurde endlich das Agrarpaket zur Entlastung der Landwirtschaft vorgelegt. Kurz vor Beginn der Sommerpause hatte es die Koalition dann doch eilig: Mit einer Sachverständigen-Anhörung, der Ausschussberatung und der 2./3. Lesung im Plenum wurde das Agrarpaket in dieser Woche im Schnelldurchlauf durch das Parlament gebracht.

In der Plenardebatte am Freitag habe ich offengelegt, dass das Agrarpaket eine große Enttäuschung ist. Dies gilt insbesondere für die Gewinnglättung im Steuerrecht. Grundsätzlich ist die Wiedereinführung der Gewinnglättung richtig, da bei der Steuererklärung gute und schlechte Jahre in einen Ausgleich gebracht werden können. Die Gewinnglättung der Ampel bringt der Landwirtschaft aber nur eine Entlastung von 50 Millionen Euro. Durch die Streichung des Agrardiesels zu Jahresbeginn gingen der Landwirtschaft hingegen rund 450 Mio. Euro verloren.



Bildquelle: Canva.

Die Gewinnglättung ist somit keine angemessene Kompensation für die Agrardiesel-Streichung. Noch düsterer ist die Bilanz, wenn man die gesamte Ampel-Regierungszeit betrachtet. Nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbandes stehen den Entlastungen von 350 Millionen Euro Belastungen von 2,8 Milliarden Euro gegenüber. Zu Buche schlagen neben der Agrardiesel-Streichung insbesondere die geplanten Neuregelungen bei der Umsatzsteuerpauschalierung und Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz sowie bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Unterm Strich bedeutet die Ampel-Politik für die Landwirtschaft in Deutschland also ein dickes Minusgeschäft.

Das ausgiebige Selbstlob der Ampel finde ich deshalb völlig unangebracht. Die Koalition schreibt sich auch Leistungen zugute, die bei Lichte betrachtet gar keine sind. Richtigerweise sieht das Agrarpaket vor, die verpflichtende Flächenstilllegung von vier Prozent aufzuheben. Das stärkt die Produktivität der Betriebe und trägt zur Ernährungssicherung bei. Diese sinnvolle Maßnahme ist aber kein Erfolg der Ampel, sondern pflichtgemäße Umsetzung von EU-Recht. In Brüssel hielt es die Bundesregierung nicht für erforderlich, für diese Maßnahme zu stimmen.

**“ WENN WIR DAS VERTRAUEN
DER MENSCHEN IN DIE POLITIK
STÄRKEN WOLLEN, MUSS AUCH
DIE POLITIK DEN MUT HABEN,
DEN MENSCHEN WIEDER ZU
VERTRAUEN. ”**

In der Debatte habe ich auch das Thema Bürokratieabbau zur Sprache gebracht. Positiv sind die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern. Mit der Novelle des Tierschutzgesetzes, dem neuen Düngerecht sowie dem Zukunftsprogramm Pflanzenschutz rollt nun aber die nächste Bürokratielle der Ampel auf die Landwirtschaft zu. Nicht nur die Landwirtinnen und Landwirte, auch die Behörden sind überfordert.

Bei den zurückliegenden Wahlen haben immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa demokratischen Parteien das Vertrauen entzogen. Ich bin überzeugt: Wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Politik stärken wollen, muss auch die Politik den Mut haben, den Menschen wieder zu vertrauen.

Die Politik kann Vertrauen zurückgeben, indem wir Bürokratie abbauen und die Eigenverantwortung stärken. Bezogen auf die Landwirtschaft bedeutet das: Statt auf Regulierungswut und Kontrollwahn zu setzen, sollten wir wieder mehr auf das Fachwissen und die Berufserfahrung unserer Landwirte vertrauen. Dann passieren deutlich weniger Fehler, als wenn wir uns anmaßen, jede Kleinigkeit regulieren zu wollen.



»»» TERMINVORSCHAU

06. Juli 2024 | 15 Uhr:

71. Tälesmusikertreffen, Festplatz in der Kurhausstr., Bad Ditzgenbach.

10. Juli 2024 | 17 Uhr:

Einweihung Reifehalle und Verleihung Eduard-Lucas-Medaille, Manufaktur Jörg Geiger, Im Anwänder, Schlat.

12. Juli 2024:

Nominierungsveranstaltung anlässlich Kandidatur zur Bundestagswahl 2025, Stadthalle Donzdorf.

16. Juli 2024:

Treffen und Gespräch mit BPA-Reisegruppe, Bundestag, Berlin.

17. Juli 2024:

Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Erich-Kästner-Gymnasiums, Bundestag, Berlin.

18. Juli 2024:

Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Uhland-Realschule Göppingen sowie der Kaufmännischen Schule Göppingen, Bundestag, Berlin.

19. Juli 2024:

750-Jahr-Feier Wangen, Festzelt an der Gemeindehalle, Schorndorfer Str. 42, 73117 Wangen.

21. Juli 2024:

Kreisfeuerwehrtag 2024, Turn- und Festhalle, Friedrichstraße 20, 73061 Ebersbach/Fils.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de